

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Landstadt

Abonnementpreis einschließlich Frangierlohn monatlich 18.000.— M., durch die Post bezogen monatlich 18.000.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 20.000.— M., Einzelnummer 700.— M., Sonnabendnummer 1000.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Ugehaltene Nonpareilzeile 1800.— M., auswärts 1800.— M., die Ugehaltene Reklamazeile 7000.— M., auswärts 8000.— M., Ausland 6000 u. 20000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietzeile 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung 500 M.

Nr. 162

Dresden, Sonnabend den 14. Juli 1923

34. Jahrg.

Reformprogramm des Reichswirtschaftsrates

Das Theater des Freistaates

Lang hat es gebraucht, bis die Grundsätze, die die Sozialdemokratie seit langer Zeit in der Steuer- und Wirtschaftspolitik vertreten hat, sich durchsetzen. Viel wäre dem deutschen Volke erspart geblieben, nicht nur unsere innere, sondern auch unsere auswärtige Situation wäre eine weit bessere, wenn die Vorschläge, die seinerzeit Genosse Robert Schmidt als Reichswirtschaftsminister vertrat, nicht an dem kurzfristigen und interessierten Widerstand der bestehenden Kreise gescheitert wären. Jetzt, in letzter Stunde, sieht man ein, daß die Durchführung des Finanzprogramms, das die Sozialdemokratie vertreten hat, eine unbedingte Notwendigkeit für unsere gesamte Politik ist. Dies zeigen auch die Beschlüsse, die am Mittwoch im Reichswirtschaftsrat über Maßnahmen auf dem Gebiete der Währungs-, Finanz- und Lohnpolitik nach einem Referat des Genossen Silberding gefaßt worden sind. Die Beschlüsse beruhen auf dem Grundgedanken, daß die Goldrechnung in der privaten Wirtschaft außerordentlich stark um sich gegriffen hat und in den letzten Wochen des Währungsverfalls beinahe zur Kleinrentiererei geworden ist. Die Mark hat aufgehört, Wertmesser und Wertaufbewahrungsmittel zu sein. Selbst ihre Funktion als Zahlungsmittel wird trotz allen gesetzlichen Vorschriften im Großen und Ganzen immer mehr eingeleugert. Fast nur im Kleinverkehr und für Lohnzahlungen dient die Mark als Zahlungsmittel. Dies bedeutet aber die außerordentlich große Gefahr, daß die Entwertung der Mark immer beschleunigter und unaufhaltbarer vor sich geht, wenn nicht endlich der Staat in seine Finanzwirtschaft dem Beispiel der privaten Wirtschaft folgt. Der Staat muß zu wertbeständigen Steuern kommen.

Der geradezu skandalöse Zustand, daß das Reich, die Betriebsverwaltungen und die Länder in die Milliarden gehende Summen auf längere Zeit der Privatwirtschaft gegen minimale Papierzinsen schuldet, muß endlich beseitigt werden. Der Kampfsatz darf nicht mehr allein durch die Notenpresse, er muß durch Rückschlüsse auf bestehende Steuern, sowie durch Ausgabe einer langfristigen Reichsgoldanleihe gegen Zahlung von Papiermark finanziert werden. Die Reichsbank muß die Zinsen dieser Anleihe garantieren.

Es ist zu begrüßen, daß der Reichswirtschaftsrat unsere Forderungen einer energischen Staatsaktion, durch die Reichsbank zustimmt, darüber hinaus einer Reform der ganzen Reichsbankpolitik, die ebenfalls die Gold-

rechnung zu ihrer Grundlage macht und die Beschenke befestigt, die die Reichsbank bisher der privaten Wirtschaft durch ihre Kreditpolitik gemacht hat. Und noch in seinem dritten Punkte bedeuten die Vorschläge des Reichswirtschaftsrates einen wichtigen Fortschritt. Das Prinzip der wertbeständigen Löhne ist vollständig anerkannt worden und ebenso ist in den Beschlüssen hervorgehoben die Wichtigkeit der Lebenshaltungskosten als Grundlage für die ständige Anpassung der Löhne.

Die Beschlüsse heben mit Recht hervor, daß in der augenblicklichen Situation die steuerpolitischen Maßnahmen die wirklich lebenswichtigen sind, daß nur bei der radikalen Aenderung und Vereinfachung unserer Steuerpolitik die Mark-Stützungsaktion der Reichsbank Erfolg haben kann. Es ist jetzt Sache der Regierung, mit ganz anderer Energie als bisher an die Ausführung zu gehen und es ist Sache der Reichsbank, endlich ihre unterirdische, schematische, den Bedürfnissen der Wirtschaft in keiner Weise gerecht werdende Methode zu ändern und die notwendigen Maßnahmen zur Rettung vor der völligen Währungskaustrophe zu ergreifen. Es geht nicht länger an, daß die Regierung planlos bald das eine, bald das andre Mittelchen verjagt. Nur die Anwendung der Gesamtheit der von uns vorgeschlagenen und vom Reichswirtschaftsrat größtenteils anerkannten Mittel, nur eine wirklich einheitliche Finanz- und Wirtschaftspolitik kann noch helfen.

Am Freitag beschäftigte sich der wirtschaftspolitische und finanzielle Ausschuss des Reichswirtschaftsrates mit den Forderungen und Vorschlägen der freien Berufe zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage. In a. m. h. wurden sich die beiden Ausschüsse in ihrer gemeinsamen Sitzung folgende Vorschläge zu eigen: Die für die freien Berufe geschaffenen wirtschaftlichen Vorteile im Reich oder in den Ländern sind vom Staat anzuerkennen. Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer ist ein Teil des Berufsverdienstes bis zu einer gesetzlich festgelegten Höhe für die Angehörigen der freien Berufe freizulassen, sofern das Gesamteinkommen eine vom Gesetz festgelegte Höhe nicht übersteigt; unter der gleichen Voraussetzung sind sie von der Umsatzsteuer zu befreien. Für die Schriftsteller, Komponisten und Künstler soll eine Reform des Urheber- und Verlagsrechtes einen stärkeren Schutz bringen. Besondere Geldleistungen, so Ermöglichung der Fernsprechtaxen, werden für Berufe und Jahresarbeiter gefordert. Für Rechtsanwälte lautet die Forderung auf Aufhebung der ihr Koalitionsverbot einschneidenden Bestimmungen und für bildende Künstler auch einen besonderen Meister-Meisterschutz.

Die Kommunisten haben im Landtag beantragt, Hanns Johst, „Wechsler und Händler“ im Staatstheater zu verbieten und dessen Spielplan sofort zu kontrollieren. Das war nun wohl schon geschossen und auch noch über das schärfste Ziel hinaus. Der kommunistische Antrag war schief; die Johstische Abergabe „verhimmelt“ nicht die „blutdürstige Aristokratie“ Rußlands und stellt die Bolschewisten nicht „als Verbrecher hin“. Zu beidem ist der „ortsfremde“ intellektuelle Verfasser von vornherein zu schwach. Er bringt es gerade zu einem dümmlich-dünnen Versuch, eine Gesinnungswirkung zu gestalten, die — nebenbei bemerkt — Karl Madel kürzlich an Schlegeler „verhimmelt“! Aber die Szene, darin es geschieht, bleibt bloß und ohne Wirkung, im halbwachen und klaren Zuschauer durchkreuzt von dem Gefühl: na, wenn schon dieser mißliche Aristokrat unter Brangel oder Kramel an die Front geht, wird es nehmlich auch nicht lange dauern... Ein Verbot des Stückes würde vermittelnd offene Türen einrennen; schärflicher aber kann eine derartige Nichtachtung lebendig die nächste Spielzeit erblicken. Ein Verbot würde auch grundsätzliche Bedenken wider sich haben. Man müßte es durch eine Kontrollinstanz einführen, wie ja die kommunistischen Genossen auch vorschlugen; dabei rechnen sie sehr kurzfristig; die nächste Regierung würde sie entweder aufheben oder anders befehlen, es gäbe ständig Unruhe im Theater, rechtliche Ausführungs-Verschleppungen würden durchkreuzt, Prozesse und Vergernisse herausgeholt, alles nicht eben zum Vorteil der Bühne. Genuß, der Antrag ist gefallen, es war wohl nicht auf anders möglich.

Ein Verdienst haben sich die kommunistischen Genossen jedoch erworben, das der obstinate Auf der Bürgerlichen noch „Freiheit“ und entpolitisiertem Theater nicht verdanken kann; wir haben Grund, stets mißtrauisch zu sein, wenn die Erben einst herrschender kaiserlicher Schichten pathetisch das Banner der Freiheit entfalten — gewöhnlich ist es die Freiheit des Schalkens, das sie mit Geld ins Irdische gebrückt haben. Auch mit dem Staatstheater liegt es wohl ungefähr so! Das Verdienst des kommunistischen Antrags: hingewiesen zu haben auf die Gesinnungsverfälschung, die im Spielplan des Theaters der sächsischen Republik vorliegt. Denn sie wagt vor, ungewissenhaft. Nach ihrer unbestimmten, aber um so fühlbareren Grundgesinnung sind die Abende und die Reueigkeit des Staatstheaters seit etlichem entweder farblos oder typisch bourgeoise. Da solche Dinge nicht beweisbar sind, geben wir gewerbemäßigen Verteidigern des Systems „Wir könnt ihr nichts nachsehen!“ und den eifersüchtigen Vertretern des Prinzipals „Nur das Gesicht gewahrt!“ hiermit feierlich das Recht, auf ihre Art das Gegenteil zu behaupten; sie wissen selber, wie weit sie dabei ehrlich sind! Die Wahrheit ist, daß der Freistaat sich in seinem Theater, daß das sächsische Volk sich in seiner ersten Bühne eine Stätte bezahlte, wo sich immer wieder die typische Bourgeoisie geschmeichelt und in ihren plumpsten Instinkten gestreift fühlen darf und sich selbst. Man gibt weder die Rolle Lehmann, Lehre zurück! „Alles vergeben!“ noch das pathetische „Ach, Schicksal! Dierich!“; selbst die „Schwarze Edmuth“ überläßt man Sarajant. Aber die Reihe der verächtlichen, halb und halb, mehr oder weniger, da und dort „reaktionären“ Stücke überspannt seit etlichem eine selbst recht langmütige Geduld. Da haben die kommunistischen Genossen einen durchaus richtigen Griff gehabt; Hanns Johst ist der eigentliche Urheber, der geborene Vorkämpfer dieser Bonafidei. Mit dem „König“, den das Staatstheater heuer wieder aufnahm, begann das Zwischengelede. Welch stolze Idee: einen vom bitterbösen Böbel weggejagten, im Wahnwahn geisterten Monarchen im Lorienmantel gottgewollter Unschuld und höchsten Edelstoffs aufzumachen; mochte er noch so dümm und paralytisch gezeichnet sein, es war doch ein Dynast, ein geliebter Landesherz, ein guter König, und die Tränen ahnungslos überzeugter Royalisten und Reaktionäre flossen um Ängstlich verstellte Sachstöne in Augusts Theater, das hier erbebt in geröstem Grimm gegen die, so nun zu Recht das Segel im Weltmeerlande führten. Mit „Propheten“ ging's fort; „Wiedergeburt“ in bengalischer Beleuchtung, Vorrede auf ein Deutschland, das die rote Welt aus seinem edlen Blut ausgeschieden haben würde; Mit „Wechsler und Händler“ wird Johst nicht von der Linie; in dieser Zeit entdeckt der aufmerksame Dichter mit Gottes Hilfe den Niedergang der gesellschaftlichen Moral, die mangelnde Minderstufe der neuen Reichen, das Leid des weggejagten russischen Gutsheeren und den Halbheroismus der stadtlosen Kontroversalisten — von Blättern schwach seine Schichten, und die anwesende Bourgeoisie erkant in seiner Blindheit die eigene, in seiner ärmlich-engen Gesinnung die ihre, in der Zielrichtung seiner fabelhaften Wege den Gegenstand ihres Neids, Argers, Hoffens und selbst „ihrem Dichter“ ein Leben der Vegetation zu-

Es sind noch nicht fertig; Voetlischs saae Treue, verkehrung hat im vorigen Jahre wohl dreifachmal Gelegenheit gegeben, die geliebte Zeit des Drills und der zusammenstapelnden Waden, der hochherlichen Bureaukratie und der allverehrten Hohenzollern selig zu genießen. Zur rechten Zeit gab „Toll“ Gelegenheit, getroßt zu vergehen, daß das einige Volk der Schweizer Brüder — Revolution betrieb, um statt dessen Vegetation für die aktive Ruhe, Abwehr daran zu entzünden; zur rechten Zeit entflammte sich Niederland-Verfechter Mut an „Gomonts“ Freiheitskämpfer. Von der geradezu märchenhaft wischen Gesinnung eines Schwärzer („Gutten Ruhe“) und des diesjährigen Weihnachtsmärchens, von Cullenbergs durcheinander-schallender, schneewild gewordener, veripiechter „Christen“- und Bürger-

Ehrhardt geflohen

Aus Leipzig kommt die Nachricht, daß Kapitän Ehrhardt aus dem Gefängnis entwichen ist. Die Telegramme melden darüber:

Leipzig, 13. Juli. Kapitänleutnant Ehrhardt, der sich am 28. Juli vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wegen Hochverrats verantworten sollte, ist heute nachmittag aus dem Untersuchungsgefängnis in der Seeshofstraße entwichen. Die Flucht wurde in der sechsten Abendstunde bemerkt. Das Untersuchungsgefängnis wird von einer Anzahl Polizeibeamten bewacht, da man mit der Möglichkeit rechnet, daß der Flüchtling sich noch im Gebäude befindet, dessen Dach einige schadhafte Stellen aufweist. Vom Oberstaatsanwalt wird die Flucht Ehrhardts bestätigt.

Leipzig, 13. Juli. Zur Flucht Ehrhardts aus dem Untersuchungsgefängnis verläutet, daß sie höchstwahrscheinlich durch Helfer der Flucht von außen her ins Werk gesetzt wurde. Das Untersuchungsgefängnis steht mit dem Amtsgerichtsgebäude durch einen Gang in Verbindung, durch den die Gefangenen vorgeführt werden. Dieser Gang ist durch zwei Gittertüren und durch zwei Haustüren abgeschlossen. Die Gittertüren wurden geöffnet vorgefunden. Die Haustüren sind mit einem Rastschlüssel geöffnet worden. Die Flucht ging vor sich, als Ehrhardt heute nachmittag nach einem Bade im Erdgeschoss sich in seine Zelle im dritten Stockwerk zurückbegeben wollte. Nach dem Passieren des Ganges wurde die Tür von außen wieder geschlossen und der Schlüssel wieder gelassen, so daß eine Verfolgung aus dem Innern des Gefängnisses heraus nicht möglich gewesen wäre. Aus dem Amtsgerichtsgebäude konnte sich der Gefangene dann ungeschindert entfernen.

Ueber die Einzelheiten der Flucht wird gemeldet, daß Ehrhardt heute nachmittag ein Bad verlangt hat, dies ist ihm auch gewährt worden. Nach einiger Zeit wollte der Aufseher nach dem Verhafteten sehen, fand aber zu seinem Schrecken die Badzelle leer. Es wurde sofort das gesamte Gefängnispersonal alarmiert, ebenso die Polizei telephonisch herangezogen, die in der Seeshofstraße gelegene Gefangenenanstalt II abherrte und das Gebäude von oben bis unten durchsuchte, doch war Ehrhardt verschwunden. Man nimmt an, daß der Entflohenen gar nicht ins Bad gegangen ist, vielmehr in einem unbeachteten Augenblick die Badzelle verlassen hat und nach dem Gefängnisort geeilt ist, das von ihm oder seinen Helfern mit Rastschlüssel geöffnet wurde. Auf der Strafe hat jedenfalls ein Auto gefahren.

Ehrhardt gehörte zu den Führern des Kapp-Zuges. Er floh dann aber tapfer, als die Sache schief ging. Ende November v. J. gelang seine Verhaftung und seitdem harrete er seiner Aburteilung. Wenn er jetzt abermals geflohen ist, so gehört das zum Charakterbilde der deutschmonarchistischen Selben, die seit Wilhelm und Ludendorff das Ausland bevor-

zugten, sobald es galt, die Verantwortung für ihr Tun zu übernehmen.

Schon kürzlich ging die Nachricht durch die Blätter, daß man von außen her versucht hatte, Ehrhardt zur Flucht zu verhelfen. Die Gefängnisverwaltung war also gewarnt und hätte doppelt wachsam sein müssen. Eine strenge Untersuchung ist nötig, um alle zu ermitteln, die an diesem Skandal mitschuldige sind!

Maßnahmen der sächsischen Regierung

(N) Das sächsische Justizministerium hat von der Flucht erlt heute (Sonnabend) aus der Presse Nachricht erhalten. Der Direktor der Gefangenenanstalt Leipzig hat es nicht für nötig erachtet, den Gefangenen sofort der obersten Dienstbehörde zu melden. Das Justizministerium hat sofort nach Kenntnisnahme der Pressemeldung den Ministerialrat Dr. Störke nach Leipzig entsandt, um der Flucht, den Vorfall sofort auf das genaueste zu untersuchen, insbesondere auch bei der Staatsanwaltschaft die sofortige Verhaftung der an der Gefangenenbefreiung etwa beteiligten Beamten in die Wege zu leiten. Der Gefangenenanstaltsdirektor wird bis auf weiteres nicht mehr zum Dienst zugelassen. Weiter hat sich der Stellvertreter des Justizministers, Staatsminister Hellisch, in Begleitung des Ministerialdirektors Günther, sofort nach Leipzig begeben, um die Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu überwachen und alles sonst Erforderliche bei dem unerhörten Vorgange in die Wege zu leiten. Es soll nach wird mit rücksichtslosster Energie gegen die Schuldigen vorgegangen werden.

Das Berliner Tageblatt schreibt:

Es handelt sich ja nicht nur um den Kapitulanten Ehrhardt, dessen Führereigenschaft keinem Zweifel unterliegt und der deshalb nicht unter die Amnestie fällt. Es handelt sich weiter um Reichs- und Verleumdung zum Vernein. Ehrhardt selber seine Identität mit Eichenmann-Günther edlich bestritten und die Weinschiff Dohentz, die ihn längere Zeit beherbergte, zu der falschen Aussage verleitet hat, sie wisse nicht, ob Eichenmann mit Ehrhardt identisch ist. Es handelt sich endlich vor allem um den Führer der in die meisten politischen Attentate verstrickten Organisation Consul, der er den Namen gegeben hat, und deren Haupt und Leiter er blieb.

Die Flucht Ehrhardts muß ein Warnungssignal sein, das alle Freunde der Republik zu verdoppelter Wachsamkeit ruft. Dies sei aber mit allem Ernst noch auf einen Punkt hinzuweisen, gleichzeitig mit der nationalen Behauptung gegen den Eindringling im Westen muß die deutsche Republik sich der inneren Gegner erwehren.

Seite 8
Hr. Volk.
Kinder.
erungen an
Nahpreis
s 6. Klasse,
Turndalle
röbelst. 40.
auf dem
Klaun-
General-
Turner
Volksfestes
er und
Quartier-
auf den
in N. 1.
zum Fest-
arisch zum
12 1/2 Uhr.
ies ni h.
q. 8 Uhr.
ll. 7 Uhr.
Uhr ein
aten einen
nabeier an
g von aus-
te geahnte.
te, zählte
erbet. Die
Spielmann-
werden muß
und Turner
schon un-
ratmitglied
r Gemeinde
aufordern
vielleicht als
sei die hohe
vorherrsch-
gen (Turner,
Willen, in
zu wollen.
rgehrnisse
r freitellig
Hestigau,
dipou gegen
schaften an
Lehrer und
r, 12 1/2 Uhr
Für die
Uhr, Volk-
esordnung;
n muß ver-
resden
nd
abend mittag
angeben
u erheben,
Jugend geist
angenommen.
erantwortl.
Sozialisten
den müssen
Die Gruppen
holen.
ut; für Ge-
mer Chronik
für den
n Dresden;
Druck; für
Verlag hat